

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: Artikel I-14: Die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Déposée par Monsieur: Joachim Wuermeling

Qualité: Suppléant

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
(1) Die Union trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten insbesondere durch die Erarbeitung von Grundzügen dieser Politik. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Wirtschaftspolitik innerhalb der Union.	(1) Die Union trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten insbesondere durch die Erarbeitung von Grundzügen dieser Politik. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Wirtschaftspolitik innerhalb der Union <u>durch die Erarbeitung von Grundzügen dieser Politik.</u>
(2) Für die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, gelten besondere Regelungen.	(2) Für die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, gelten besondere Regelungen.
(3) Die Union trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten insbesondere durch die Erarbeitung von Leitlinien für diese Politik.	(3) Die <u>Mitgliedstaaten koordinieren ihre Union</u> trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten insbesondere durch die Erarbeitung von Leitlinien für diese Politik.
(4) Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen.	(4) Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen.

Begründung:

Die wirtschaftspolitischen Zuständigkeiten sollen durch den Verfassungsvertrag unverändert bleiben. Mit der Änderung wird klargestellt, dass die Union keine Zuständigkeit hat, den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Vorgaben zu machen. Die Union kann insoweit keine generalklauselartige Koordinierungszuständigkeit haben, weil der Begriff der Wirtschaftspolitik sehr weit ist. Der Begriff Wirtschaftspolitik ist kaum eingrenzbar und umfasst letztlich auch Arbeitsmarkt-, Steuer- oder Sozialpolitik. Eine Koordinierung durch die EU würde ihr letztlich eine Generalermächtigung für alle diese Bereiche verschaffen. Einheitliche Vorgaben in diesen Bereichen führen aber zu Verkrustung und Nivellierung auf niedrigem Niveau. Statt einer Zentralisierung brauchen wir in Zeiten erhöhten Wettbewerbsdrucks auch weiterhin die Flexibilität der Mitgliedstaaten. Es muss daher wie bisher bei der Koordinierung durch die Mitgliedstaaten bleiben.

Weil es sich um mitgliedstaatliche Zuständigkeiten handelt, können diese auch nur durch die Mitgliedstaaten koordiniert werden, solange keine Zuständigkeitsübertragung an die Union beabsichtigt ist.

Abzulehnen ist der Vorschlag in Art. I-14, Abs. 3 die Zuständigkeiten der EU zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten zu erweitern. Obwohl die EU in der Beschäftigungspolitik derzeit nur unterstützend und ergänzend tätig werden darf, setzt sie den Mitgliedstaaten immer konkreter werdende Vorgaben. Nun kann ein verstärkter Erfahrungs- und Informationsaustausch der Mitgliedstaaten im Bereich der Beschäftigungspolitik dazu beitragen, die Beschäftigungssituation in den Mitgliedstaaten zu verbessern und die europäischen Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb zu stärken. Die EU darf jedoch nicht durch zentrale Festlegung von Zielen die beschäftigungspolitische Verantwortung der nationalen Regierungen und Tarifparteien verwischen und den Wettbewerb um die beste Politik behindern. Einförmiges EU-Vorgehen würde zudem den vom Binnenmarkt ausgehenden Wettbewerbsimpuls blockieren.

Abzulehnen ist ebenfalls der neue Vorschlag in Art. I-14 Abs. 4 wonach die Union Initiativen ergreifen kann, um die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren. Sozialpolitik spiegelt vor allem die traditionelle Vielfalt der sozialen Sicherungssysteme und die unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten wider. Sie muss sich an der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft orientieren. Sozialpolitik ist ein wesentliches Element der Wettbewerbsfähigkeit und in der Wirtschafts- und Währungsunion eines der wenig verbliebenen Ventile zum Ausgleich unterschiedlicher volkswirtschaftlicher Leistungskraft der Mitgliedstaaten. EU-Vorgaben würden zudem in die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten zur Finanzierung ihrer Sozialstandards eingreifen.